

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1950

Ausgegeben am 27. November 1950

58. Stück

- 210.** Bundesgesetz: Abänderung und Ergänzung des Bundesgesetzes über die Änderung sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften und die Ernährungszulage zu Leistungen der Sozialversicherung (3. Novelle).
211. Bundesgesetz: 3. Arbeitslosenversicherungsgesetz-Novelle.
212. Bundesgesetz: Abänderung des Bundesgesetzes über die Gewährung einer Ernährungszulage an Kriegsoffer.
213. Bundesgesetz: Kleinrentnergesetznovelle 1950.
214. Bundesgesetz: 5. Opferfürsorgegesetz-Novelle.
215. Bundesgesetz: 2. Novelle zum Kinderbeihilfengesetz.
216. Bundesgesetz: Gewährung eines Bundeszuschusses an das Bundesland Kärnten aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung.
217. Verordnung: Aufhebung der Verordnung des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht vom 30. September 1922, BGBl. Nr. 766.
218. Verordnung: Neufestsetzung des Umrechnungsverhältnisses der Goldkrone für die Entrichtung der Zölle.
219. Kundmachung: Stand der Ratifikationen der von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen und von Österreich ratifizierten Übereinkommen.
220. Übereinkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der italienischen Regierung über den Vermögenstransfer der Südtiroler Rückophtanten.

210. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950, womit das Bundesgesetz vom 15. Oktober 1948, BGBl. Nr. 223, über die Änderung sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften und über die Ernährungszulage zu Leistungen der Sozialversicherung abgeändert und ergänzt wird (3. Novelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 15. Oktober 1948, BGBl. Nr. 223, über die Änderung sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften und über die Ernährungszulage zu Leistungen der Sozialversicherung in der Fassung der Bundesgesetze vom 19. Mai 1949, BGBl. Nr. 116, und vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 195, wird abgeändert und ergänzt wie folgt:

1. § 3 entfällt.

2. § 6 hat zu lauten:

„(1) Die in der Sozialversicherung vorgesehenen Höchstbeträge des Entgeltes (Jahresarbeitsverdienstes) oder Jahreseinkommens werden auf 18.000 S (1500 S monatlich), die Höchstbemessungsgrundlage nach den gesetzlichen Vorschriften über die Krankenversicherung der Bundesangestellten auf 1760 S monatlich hinaufgesetzt. Die für die Bemessung der Versicherungsleistungen und Versicherungsbeiträge bisher maßgebenden Mindestbeträge des Entgeltes (Jahresarbeitsverdienstes) oder Jahreseinkommens werden um 10 v. H. erhöht. Um den gleichen Hundertsatz werden alle festen Beträge erhöht, die in der Sozialversicherung für Leistungen (Beiträge) der Versicherungsträger, der Ver-

sicherten, deren Arbeitgeber oder sonstigen Verpflichteten, auch als Höchst- oder Mindestbeträge, festgesetzt sind; von dieser Erhöhung sind die Mindestrenten nach § 2, der Zuschuß zum Krankengeld nach § 8 Abs. 4 sowie die festen Beträge für solche Leistungen ausgenommen, zu denen ein Zuschlag nach § 1 des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes gewährt wird.

(2) Der Erhöhung um 10 v. H. unterliegen auch der Mindestbetrag des Wochengeldes und das Stillgeld nach den Vorschriften über den Mutterschutz von Arbeitnehmern in der bisherigen Höhe.

(3) Die in den Satzungen der Sozialversicherungsträger festgesetzten Höchst(Mindest)beträge und festen Beträge unterliegen der Erhöhung nach Abs. 1 und 2 nicht.

(4) Der Grundlohn nach Lohnstufen kann abweichend von den Anfangs- und Endbeträgen der Lohnstufen der Lohnsteuertabellen festgesetzt werden.

(5) Die in der Krankenversicherung der Rentner geltenden Beitragssätze von monatlich 20 S und 13'50 S werden auf monatlich 22 S und 15 S erhöht. Der von der Rente einzubehaltende Betrag bleibt unverändert.

(6) Der in der Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen zu entrichtende Beitrag wird für Hauptversicherte mit 16'50 S und für Zusatzversicherte mit 3'30 S festgesetzt. Der Beitrag für Hauptversicherte wird mit 8 S vom Versicherten und mit 8'50 S vom Bund getragen; für Zusatzversicherte trägt der Bund den Versicherungsbeitrag zur Gänze. Der Grundlohn und der Abfindungsbetrag gemäß § 22 Abs. 4 beziehungs-

weise § 72 Abs. 1 Z. 5 des Kriegsoferversorgungsgesetzes vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 197, erhöhen sich um 10 v. H. Die Regel des § 110 des Kriegsoferversorgungsgesetzes ist anlässlich der Erhöhung des Höchstbetrages des Entgeltes gemäß Abs. 1 nicht anzuwenden.“

3. § 7 hat zu lauten:

„(1) Die geltenden Ortslöhne und die für die Zwecke des Steuerabzuges vom Arbeitslohn und für die Zwecke der Sozialversicherung festgesetzten Sachbezugswerte werden bis zur Neufestsetzung nach den hiefür geltenden Vorschriften um 10 v. H. erhöht.

(2) Die Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung obliegt dem Vorstand der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt und bedarf der Genehmigung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.“

4. § 8 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Zum Ausgleich für erhöhte Lebenshaltungskosten ab Oktober 1950 wird Empfängern wiederkehrender Geldleistungen aus der Sozialversicherung und nach den Rechtsvorschriften über den Mutterschutz von Arbeitnehmern, allen diesen, wenn sie im Inlande ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eine Ernährungszulage gewährt.“

5. § 8 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Abs. 1 gilt nicht für Empfänger von Leistungen aus der Kranken- und Unfallversicherung und nach den Rechtsvorschriften über den Mutterschutz von Arbeitnehmern, bei deren Bemessung schon die ab Oktober 1950 aus dem im Abs. 1 genannten Grunde erhöhten Löhne und Werte der Sachbezüge berücksichtigt sind. Er gilt auch nicht für Empfänger von wiederkehrenden Leistungen aus der Krankenversicherung, die mit festen Beträgen festgesetzt sind.“

6. Im § 8 Abs. 4 tritt an die Stelle der Zitierung „nach Abs. 3 Z. 1 und 2“ die Zitierung „nach Abs. 3“. § 8 Abs. 5 entfällt.

7. a) Im § 9 Abs. 2 Z. 2 lit. a werden nach dem Worte „Dienstverhältnis“ die Worte „einschließlich eines Zuschusses auf Grund des 4. Lohn- und Preisabkommens von mindestens 80 S monatlich, bei Hinterbliebenen von mindestens 50 S monatlich“ eingefügt.

b) Im § 9 Abs. 2 Z. 3 werden nach dem Worte „Ernährungsbeihilfe“ die Worte „beziehungsweise auf Grund des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 31/1950, in der jeweils geltenden Fassung, die Kinderbeihilfe“ eingefügt.

8. Im § 11 treten an Stelle der Worte „zur Hälfte“ die Worte „in dem für Hinterbliebene festgesetzten Ausmaß“.

9. § 12 hat zu lauten:

„(1) Die Ernährungszulage beträgt 114 S monatlich, 26'30 S wöchentlich oder 3'75 S täg-

lich, für die Hinterbliebenen 67 S monatlich, 15'50 S wöchentlich oder 2'20 S täglich.

(2) Für Empfänger wiederkehrender Leistungen aus der Unfallversicherung, die die Ernährungszulage auf Grund des § 8 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in der bisherigen Fassung sowie für Personen, die die Ernährungszulage auf Grund des § 9 Abs. 2 Z. 2 lit. a dieses Bundesgesetzes in der bisherigen Fassung nicht erhalten haben, beträgt die Ernährungszulage 80 S monatlich, 18'50 S wöchentlich, 2'65 S täglich, für die Hinterbliebenen 50 S monatlich, 11'50 S wöchentlich oder 1'65 S täglich.

(3) Empfänger wiederkehrender Leistungen aus der Krankenversicherung sowie nach den Rechtsvorschriften über den Mutterschutz von Arbeitnehmern, bei deren Bemessung die ab Oktober 1950 erhöhten Löhne und Werte der Sachbezüge wegen des Eintrittes des Versicherungsfalles vor diesem Zeitpunkt noch nicht berücksichtigt sind, erhalten die Ernährungszulage im folgenden Ausmaß:

- a) bei Krankengeld und Wochengeld für Versicherte im Betrage von 2'65 S täglich;
- b) bei sonstigen wiederkehrenden, nicht mit festen Beträgen, sondern mit einem Teilbetrag des Krankengeldes bemessenen Leistungen in einem diesem Teilbetrag entsprechenden Teilbetrag von 2'65 S.“

10. Im § 17 werden nach den Worten „BGBl. Nr. 217“ die Worte „beziehungsweise die Kinderbeihilfen nach dem Bundesgesetz vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 31/1950, in der jeweils geltenden Fassung,“ eingefügt.

11. Die §§ 19 und 20 haben zu entfallen.

12. § 5 des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes wird aufgehoben.

Artikel II.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Oktober 1950, in bezug auf die Beitragsleistung bei Lohnabrechnung nach der Kalenderwoche mit dem 25. September 1950, bei abweichenden Lohnabrechnungszeiträumen entsprechend dem jeweiligen Beginn der Beitragsperiode Oktober 1950 in Kraft.

(2) Ernährungszulagen, auf die ein Anspruch durch dieses Bundesgesetz neu begründet wird, gebühren, wenn der Antrag bis 30. Juni 1951 gestellt wird, vom Tage des Zutreffens der Voraussetzungen, frühestens jedoch ab 1. Oktober 1950.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

Renner

Figl

Maisel

211. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950 über die Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (3. Arbeitslosenversicherungsgesetz-Novelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Das Bundesgesetz vom 22. Juni 1949, BGBl. Nr. 184, betreffend die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsgesetz — ALVG.), in der Fassung des Bundesgesetzes vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 148, wird abgeändert wie folgt:

§ 20 Abs. 3 hat zu lauten:

(3) Das Arbeitslosengeld beträgt wöchentlich:

Lohnklasse	bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst	als Grundbetrag	als Familienzuschlag für den	
			ersten	zweiten und weiteren
			Angehörigen je	
S		S	S	S
I	bis 110	57	18 50	10
II	über 110 bis 140 . . .	62	18 50	10
III	über 140 bis 170 . . .	67	18 50	10
IV	über 170 bis 200 . . .	72	18 50	10
V	über 200 bis 230 . . .	77	18 50	10
VI	über 230 bis 260 . . .	82	18 50	10
VII	über 260	87	18 50	10

§ 2. (1) Dieses Bundesgesetz tritt rückwirkend mit 1. Oktober 1950 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

Figl Renner Maisel

212. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950, womit das Bundesgesetz vom 15. Oktober 1948, BGBl. Nr. 219, über die Gewährung einer Ernährungszulage an Kriegsoffer abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

§ 4 des Bundesgesetzes vom 15. Oktober 1948, BGBl. Nr. 219, über die Gewährung einer Ernährungszulage an Kriegsoffer hat zu lauten:

„§ 4. Die Ernährungszulage beträgt für Beschädigte, Elternpaare und männliche Empfänger einer Elternteilrente monatlich 114 S, sonst 67 S. Bei der Abfertigung von Witwen im Falle der Wiederverhehlung bleibt die Ernährungszulage außer Betracht.“

Artikel II.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt rückwirkend mit 1. Oktober 1950 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

Figl Renner Maisel

213. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950, betreffend das Ausmaß der auf Grund des Kleinrentnergesetzes vom 18. Juli 1929, BGBl. Nr. 251, zu gewährenden Kleinrentnerunterstützungen (Kleinrentnergesetznovelle 1950).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Das Ausmaß der auf Grund des Kleinrentnergesetzes vom 18. Juli 1929, BGBl. Nr. 251, zu gewährenden Kleinrentnerunterstützungen wird festgesetzt wie folgt:

Stufe	Bemessungsgrundlage	Höhe der Kleinrentnerunterstützungen monatlich in Schilling
1	von 6.000 K bis 20.000 K	90'—
2	von mehr als 20.000 K „ 25.000 K	100'—
3	„ „ 25.000 K „ 30.000 K	110'—
4	„ „ 30.000 K „ 40.000 K	120'—
5	„ „ 40.000 K „ 50.000 K	140'—
6	„ „ 50.000 K „ 60.000 K	160'—
7	„ „ 60.000 K „ 80.000 K	180'—
8	„ „ 80.000 K „ 100.000 K	200'—
9	„ „ 100.000 K	220'—

§ 2. Die im § 1 erwähnten Kleinrentnerunterstützungen gebühren monatlich im vorhinein.

§ 3. Die mit § 1 des Bundesgesetzes vom 23. Februar 1949, BGBl. Nr. 82 (Kleinrentnergesetznovelle 1949), festgesetzte Einkommensfreigrenze von 250 S monatlich wird auf 400 S monatlich erhöht.

§ 4. Die durch dieses Bundesgesetz entstehenden Kosten trägt der Bund.

§ 5. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Oktober 1950 in Kraft. Mit diesem Tage verlieren die Bundesgesetze vom 23. Februar 1949, BGBl. Nr. 82 (Kleinrentnergesetznovelle 1949), und vom 18. Mai 1949, BGBl. Nr. 108 (II. Kleinrentnergesetznovelle 1949), ihre Wirksamkeit.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen betraut.

Figl Renner Maisel Margarétha

214. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950, womit das Opferfürsorgegesetz in der geltenden Fassung ergänzt wird (5. Opferfürsorgegesetz-Novelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung (Opferfürsorgegesetz) in der geltenden Fassung wird abgeändert und ergänzt wie folgt:

1. Im § 3 Abs. 2 sind die Worte „31. Dezember 1949“ zu ersetzen durch die Worte „31. Dezember 1951“. Der zweite Satz des Abs. 2 entfällt.

2. § 11 Abs. 1 Z. 2 hat zu lauten wie folgt:
 „2. Zur Sicherung des Lebensunterhaltes an alle Inhaber einer Amtsbescheinigung auf die Dauer und in dem Ausmaße, als diese nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt in ausreichendem Ausmaße selbst zu bestreiten oder von anderen zur Alimentation gesetzlich heranziehbaren Personen zu erhalten (Unterhaltsrente). Als ausreichendes Ausmaß in diesem Sinne wird das Höchstausmaß der Unterhaltsrente verstanden. Dieses Ausmaß wird für Anspruchsberechtigte nach § 1 Abs. 1 lit. d oder e oder Abs. 3 ab 1. Oktober 1950 für Opfer, hinterbliebene Elternpaare und männliche Empfänger von Elternteilrenten mit 491 S, für alle übrigen mit 461 S für jeden Kalendermonat berechnet. Beträgt die Erwerbsunfähigkeit 75 und mehr Prozent, so sind Renten nach Z. 1 bei der Bestimmung des Ausmaßes nicht anzurechnen.“

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

	Renner	
Figl		Maisel

215. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950, betreffend die Abänderung des Kinderbeihilfengesetzes (2. Novelle zum Kinderbeihilfengesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 31/1950, über Kinderbeihilfen (Kinderbeihilfengesetz) in der Fassung des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1950, BGBl. Nr. 135, betreffend die Abänderung des Kinderbeihilfengesetzes vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 31/1950, wird abgeändert wie folgt:

1. § 2 Abs. 1 erster Satz hat zu lauten:
 „Die Kinderbeihilfe beträgt monatlich 60 S für jedes Kind (jeden Angehörigen).“

2. Im § 10 vierter Satz sind die Worte „im Jahre 1950“ zu ersetzen durch die Worte „in den Jahren 1950 und 1951“.

3. § 11 Abs. 2 hat zu lauten:
 „(2) Der Beitrag beträgt 3 v. H. der Beitragsgrundlage.“

4. § 11 Abs. 3 hat zu lauten:
 „(3) Ergibt die Fondsgebarung am Schlusse eines Kalenderjahres einen Überschuß, hat das

Bundesministerium für Finanzen die Beitragshöhe durch Verordnung entsprechend herabzusetzen.“

5. § 14 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Unbeschadet der Bestimmungen des § 15 Abs. 2 sind die Bestimmungen des Ernährungsbeihilfengesetzes auf die bereits rechtskräftig zuerkannten Ansprüche, die sich aus § 2 Abs. 2 zweiter Satz des Ernährungsbeihilfengesetzes ableiten, weiterhin anzuwenden, wenn und solange das voraussichtliche Jahreseinkommen die für den Anspruch auf Kinderbeihilfe in § 1 Abs. 3 genannte Grenze nicht übersteigt. Die Ernährungsbeihilfe beträgt monatlich 60 S für jeden Angehörigen. Die Bestimmungen des § 2 Abs. 2 dieses Bundesgesetzes finden Anwendung.“

Artikel II.

Artikel I Z. 1, 2, 4 und 5 tritt am 1. Oktober 1950 in Kraft. Bei im nachhinein gebührenden Löhnen und Gehältern ist Artikel I Z. 1 bereits anlässlich der letzten Bezugsauszahlung im September 1950 anzuwenden. Artikel I Z. 3 tritt mit der Maßgabe in Kraft, daß der am 10. Oktober 1950 fällige Beitrag schon in der Höhe von 3 v. H. von der Summe der Arbeitslöhne zu berechnen ist, die im September 1950 an die Dienstnehmer gezahlt worden sind.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

	Renner	
Figl		Margarétha

216. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950 über die Gewährung eines Bundeszuschusses an das Bundesland Kärnten aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Dem Bundesland Kärnten wird aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung aus Bundesmitteln ein Zuschuß von zehn Millionen Schilling gewährt. Dieser Zuschuß ist für Aufbauarbeiten zu verwenden, die im südlichen Abstimmungsgebiet dem Lande Kärnten und den Gemeinden obliegen.

§ 2. Der gemäß § 1 zu leistende Zuschuß ist beim Ausgabenkapitel 5 unter dem neu zu eröffnenden Titel 2 „Bundeszuschuß an das Land Kärnten aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung“ zu verrechnen.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Renner
Figl Margarétha

217. Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 29. September 1950, betreffend die Aufhebung der Verordnung des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht vom 30. September 1922, BGBl. Nr. 766.

Die Verordnung des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht vom 30. September 1922, BGBl. Nr. 766, mit der eine Vorschrift für eine Fertigungsprüfung aus Maschinschreiben in Verbindung mit Stenographie (Stenotypistenprüfung) erlassen wurde, wird, soweit sie nicht bereits außer Kraft getreten ist, aufgehoben.

Hurdes

218. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 14. Oktober 1950 über die Neufestsetzung des Umrechnungsverhältnisses der Goldkrone für die Entrichtung der Zölle.

Auf Grund des § 89 des Gesetzes vom 10. Juni 1920, StGBI. Nr. 250, über das Zollrecht und das Zollverfahren (Zollgesetz) in der Fassung der 4. Novelle zum Zollüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 104/1950, wird verordnet:

In Abänderung des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 23. Mai 1950, BGBl. Nr. 105, gilt für die Entrichtung der Zölle in anderen Zahlungsmitteln der Schillingwährung als Goldmünzen vom Wirksamkeitsbeginn der vorliegenden Verordnung an das Umrechnungsverhältnis: 1 Goldkrone = 6'96 Schilling.

Margarétha

219. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 12. Oktober 1950 über den Stand der Ratifikationen der von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen und von Österreich ratifizierten Übereinkommen.

Nach Mitteilung des Generaldirektors des Internationalen Arbeitsamtes sind die von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen und von Österreich ratifizierten Übereinkommen bisher von folgenden Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert worden:

1. Übereinkommen (Nr. 1), BGBl. Nr. 227/1924, über die Begrenzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich und achtundvierzig Stunden wöchentlich (angenommen von der 1. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington, 1919; in Kraft getreten am 13. Juni 1921; von Österreich bedingt ratifiziert)¹⁾:

Argentinien (30. November 1933)²⁾, Belgien (6. September 1926), Birma (14. Juli 1921)³⁾, Bulgarien (14. Februar 1922), Chile (15. September 1925), Dominikanische Republik (4. Februar 1933), Frankreich (2. Juni 1927)⁴⁾, Griechenland (19. November 1920), Indien (14. Juli 1921), Italien (6. Oktober 1924)⁴⁾, Kanada (21. März 1935), Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (20. September 1934), Lettland (15. August 1925)⁴⁾⁵⁾, Litauen (19. Juni 1931)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Neuseeland (29. März 1938), Nicaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (12. Juni 1924)⁴⁾, Pakistan (14. Juli 1921)⁶⁾, Peru (8. November 1945), Portugal (3. Juli 1928), Rumänien (13. Juni 1921)⁵⁾, Spanien (22. Februar 1929)⁵⁾, Tschechoslowakei (24. August 1921), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (20. November 1944).

2. Übereinkommen (Nr. 2), BGBl. Nr. 226/1924, über die Arbeitslosigkeit (angenommen von der 1. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington, 1919; in Kraft getreten am 14. Juli 1921; Wirksamkeit für Österreich seit 12. Juni 1924):

Argentinien (30. November 1933), Belgien (25. August 1930), Birma (14. Juli 1921)³⁾, Bulgarien (14. Februar 1922), Chile (31. Mai 1933), Dänemark (13. Oktober 1921), Deutsches Reich (6. Juni 1925)⁵⁾, Estland (20. Dezember 1922)⁵⁾, Finnland (19. Oktober 1921), Frankreich (25. August 1925), Griechenland (19. November 1920), Indien (14. Juli 1921)⁷⁾, Irland (4. September 1925), Italien (10. April 1923), Japan (23. November 1922)⁵⁾, Jugoslawien (1. April 1927)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Luxemburg (16. April 1928), Neuseeland (29. März 1938), Niederlande (6. Februar 1932), Nicaragua (12. April 1934)⁵⁾, Norwegen (23. November 1921), Österreich (12. Juni 1924), Pakistan (14. Juli 1921)⁶⁾, Polen (21. Juni 1924), Rumänien (13. Juni 1921)⁵⁾, Schweden (27. September 1921), Schweiz (9. Oktober 1922), Spanien (4. Juli 1923)⁵⁾, Südafrikanische Union (20. Februar 1924), Ungarn (1. März 1928), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (20. November 1944), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (14. Juli 1921).

3. Übereinkommen (Nr. 4), BGBl. Nr. 226/1924, über die Nacharbeit der Frauen (angenommen von der 1. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington, 1919; in Kraft getreten am 13. Juni 1921; Wirksamkeit für Österreich seit 12. Juni 1924):

Afghanistan (12. Juni 1939), Albanien (17. März 1932), Argentinien (30. November 1933), Belgien (12. Juli 1924)⁸⁾, Birma (14. Juli 1921)³⁾, Brasilien (26. April 1934)⁸⁾, Bulgarien (14. Februar 1922), Chile (8. Oktober 1931), Estland (20. Dezember 1922)^{8) 5)}, Frankreich (14. Mai 1925)⁹⁾, Griechenland (19. November 1920)⁸⁾, Indien (14. Juli 1921)⁹⁾, Irland (4. September 1925)⁸⁾, Italien (10. April 1923), Jugoslawien (1. April 1927)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (6. August 1928), Litauen (19. Juni 1931)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Niederlande (4. September 1922)⁸⁾, Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (12. Juni 1924), Pakistan (14. Juli 1921)⁹⁾, Peru (8. November 1945), Portugal (10. Mai 1932), Rumänien (13. Juni 1921)⁵⁾, Schweiz (9. Oktober 1922)⁸⁾, Spanien (29. September 1932)⁵⁾, Südafrikanische Union (1. November 1921)⁸⁾, Tschechoslowakei (24. August 1921), Ungarn (19. April 1928)⁸⁾, Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (7. März 1933), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (14. Juli 1921)⁸⁾.

4. Übereinkommen (Nr. 5), BGBl. Nr. 279/1936, über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit (angenommen von der 1. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington, 1919; in Kraft getreten am 13. Juni 1921; Wirksamkeit für Österreich seit 26. Februar 1936):

Albanien (17. März 1932), Argentinien (30. November 1933), Belgien (12. Juli 1924), Brasilien (26. April 1934), Bulgarien (14. Februar 1922), Chile (15. September 1925), Dänemark (4. Jänner 1923), Dominikanische Republik (4. Februar 1933), Estland (20. Dezember 1922)⁵⁾, Frankreich (29. April 1939), Griechenland (19. November 1920), Irland (4. September 1925), Japan (7. August 1926)⁵⁾, Jugoslawien (1. April 1927)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (6. August 1928), Lettland (3. Juni 1926)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Niederlande (21. Juli 1928), Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Norwegen (7. Juli 1937), Österreich (26. Februar 1936), Polen (21. Juni 1924), Rumänien (13. Juni 1921)⁵⁾, Schweiz (9. Oktober 1922), Spanien (29. September 1932)⁵⁾, Tschechoslowakei (24. August 1921), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (20. November 1944), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (14. Juli 1921).

5. Übereinkommen (Nr. 6), BGBl. Nr. 226/1924, über die Nachtarbeit der Jugendlichen im Gewerbe (angenommen von der 1. Internationalen Arbeitskonferenz in Washington, 1919; in Kraft getreten am 13. Juni 1921; Wirksamkeit für Österreich seit 12. Juni 1924):

Albanien (17. März 1932), Argentinien (30. November 1933), Belgien (12. Juli 1924), Birma (14. Juli 1921)³⁾, Brasilien (26. April 1934), Bulgarien (14. Februar 1922), Chile (15. September

1925), Dänemark (4. Jänner 1923), Estland (20. Dezember 1922)⁵⁾, Frankreich (25. August 1925), Griechenland (19. November 1920), Indien (14. Juli 1921), Irland (4. September 1925), Italien (10. April 1923), Jugoslawien (1. April 1927)⁵⁾, Kuba (6. August 1928), Lettland (3. Juni 1926)⁵⁾, Litauen (19. Juni 1931)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Mexiko (20. Mai 1937), Niederlande (17. März 1924), Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (12. Juni 1924), Pakistan (14. Juli 1922)⁹⁾, Polen (21. Juni 1924), Portugal (10. Mai 1932), Rumänien (13. Juni 1921)⁵⁾, Schweiz (9. Oktober 1922), Spanien (29. September 1932)⁵⁾, Ungarn (19. April 1928), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (7. März 1933), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (14. Juli 1921)¹⁰⁾.

6. Übereinkommen (Nr. 10), BGBl. Nr. 226/1924, über das Alter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in der Landwirtschaft (angenommen von der 3. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1921; in Kraft getreten am 31. August 1923; Wirksamkeit für Österreich seit 12. Juni 1924):

Argentinien (26. Mai 1936), Belgien (13. Juni 1928), Bulgarien (6. März 1925), Chile (18. Oktober 1935), Dominikanische Republik (4. Februar 1933), Estland (8. September 1922)⁵⁾, Irland (26. Mai 1925), Italien (8. September 1924), Japan (19. Dezember 1923)⁵⁾, Kuba (22. August 1935), Luxemburg (16. April 1928), Neuseeland (8. Juli 1947), Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (12. Juni 1924), Polen (21. Juni 1924), Rumänien (10. November 1930)⁵⁾, Schweden (27. November 1923), Spanien (29. August 1932)⁵⁾, Tschechoslowakei (3. August 1923), Ungarn (2. Februar 1927), Uruguay (6. Juni 1933).

7. Übereinkommen (Nr. 11), BGBl. Nr. 226/1924, über das Vereinigungs- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer (angenommen von der 3. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1921; in Kraft getreten am 11. Mai 1923; Wirksamkeit für Österreich seit 12. Juni 1924):

Argentinien (26. Mai 1936), Belgien (19. Juli 1926), Birma (11. Mai 1923)³⁾, Bulgarien (6. März 1925), Chile (15. September 1925), China (27. April 1934), Dänemark (20. Juni 1930), Deutsches Reich (6. Juni 1925)⁵⁾, Estland (8. September 1922)⁵⁾, Finnland (19. Juni 1923), Frankreich (23. März 1929), Indien (11. Mai 1923), Irland (17. Juni 1924), Italien (8. September 1924), Jugoslawien (30. September 1929)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (22. August 1935), Lettland (9. September 1924)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Mexiko (20. Mai 1937), Neuseeland (29. März 1938), Niederlande (20. August 1926), Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Norwegen (11. Juni 1929), Österreich (12. Juni 1924), Pakistan (11. Mai 1923)⁸⁾, Peru (8. November 1945),

Polen (24. Juni 1924), Rumänien (10. November 1930)⁵⁾, Schweden (27. November 1923), Schweiz (23. Mai 1940), Spanien (29. August 1932)⁵⁾, Tschechoslowakei (31. August 1923), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (20. November 1944), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (6. August 1923).

8. Übereinkommen (Nr. 13), BGBl. Nr. 226/1924, über die Verwendung von Bleiweiß zum Anstrich (angenommen von der 3. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1921; in Kraft getreten am 31. August 1923; Wirksamkeit für Österreich seit 12. Juni 1924):

Afghanistan (12. Juni 1939), Argentinien (26. Mai 1936), Belgien (19. Juli 1926), Bulgarien (6. März 1925), Chile (15. September 1925), Estland (8. September 1922)⁵⁾, Finnland (5. April 1929), Frankreich (19. Februar 1926), Griechenland (22. Dezember 1926), Jugoslawien (30. September 1929)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (7. Juli 1928), Lettland (9. September 1924)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Mexiko (7. Jänner 1938), Niederlande (15. Dezember 1939), Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Norwegen (11. Juni 1929), Österreich (12. Juni 1924), Polen (21. Juni 1924), Rumänien (4. Dezember 1925)⁵⁾, Schweden (27. November 1923), Spanien (20. Juni 1924)⁵⁾, Tschechoslowakei (31. August 1923), Ungarn (4. Jänner 1928)⁴⁾, Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (28. April 1933).

9. Übereinkommen (Nr. 17), BGBl. Nr. 40/1937, über die Entschädigung bei Betriebsunfällen (angenommen von der 7. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1925; in Kraft getreten am 1. April 1927; Wirksamkeit für Österreich ab 21. August 1936):

Argentinien (14. März 1950), Belgien (3. Oktober 1927), Bulgarien (5. September 1929), Chile (8. Oktober 1931), Finnland (20. Jänner 1950), Frankreich (17. Mai 1948), Jugoslawien (1. April 1927)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (6. August 1928), Lettland (29. Mai 1928)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Mexiko (12. Mai 1934), Neuseeland (29. März 1938), Niederlande (13. September 1927), Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (21. August 1936), Polen (3. November 1937), Portugal (27. März 1929), Schweden (8. September 1926), Spanien (22. Februar 1929)⁵⁾, Tschechoslowakei (12. Juni 1950), Ungarn (19. April 1928), Uruguay (6. Juni 1933), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (28. Juni 1949).

10. Übereinkommen (Nr. 18), BGBl. Nr. 288/1928, über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (angenommen von der 7. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1925; in Kraft getreten am 1. April 1927; Wirksamkeit für Österreich seit 29. September 1928):

Belgien (3. Oktober 1927), Birma (30. September 1927)³⁾, Bulgarien (5. September 1929), Chile (31. Mai 1933), Dänemark (18. Juni 1934), Deutsches Reich (18. September 1928)⁵⁾, Finnland (17. September 1927), Frankreich (13. August 1931), Indien (30. September 1927), Irak (26. November 1938), Irland (25. November 1927)¹¹⁾, Italien (22. Jänner 1934), Japan (8. Oktober 1928)⁵⁾, Jugoslawien (1. April 1927)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (6. August 1928), Lettland (29. November 1929)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Niederlande (1. November 1928)¹¹⁾, Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Norwegen (11. Juni 1929)¹¹⁾, Österreich (29. September 1928)¹¹⁾, Pakistan (30. September 1927)⁶⁾, Polen (3. November 1937), Portugal (27. März 1929), Schweden (15. Oktober 1929)¹¹⁾, Schweiz (16. November 1927), Spanien (29. September 1932)⁵⁾, Tschechoslowakei (19. September 1932), Ungarn (19. April 1928)¹¹⁾, Uruguay (6. Juni 1933), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (6. Oktober 1926)¹¹⁾.

11. Übereinkommen (Nr. 19), BGBl. Nr. 288/1928, über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in der Entschädigung bei Betriebsunfällen (angenommen von der 7. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1925; in Kraft getreten am 8. September 1926; Wirksamkeit für Österreich seit 29. September 1928):

Ägypten (29. November 1948), Argentinien (14. März 1950), Belgien (3. Oktober 1927), Birma (30. September 1927)³⁾, Bulgarien (5. September 1929), Chile (8. Oktober 1931), China (27. April 1934), Dänemark (31. März 1928), Deutsches Reich (18. September 1928)⁵⁾, Estland (14. April 1930)⁵⁾, Finnland (17. September 1927), Frankreich (4. April 1928), Griechenland (30. Mai 1936), Indien (30. September 1927), Irak (30. April 1940), Irland (5. Juli 1930), Italien (15. März 1928), Japan (8. Oktober 1928)⁵⁾, Jugoslawien (1. April 1927)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Kuba (6. August 1928), Lettland (29. Mai 1928)⁵⁾, Litauen (28. September 1934)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Mexiko (12. Mai 1934), Niederlande (13. September 1927), Nikaragua (12. April 1934)⁵⁾, Norwegen (11. Juni 1929), Österreich (29. September 1928), Pakistan (30. September 1927)⁶⁾, Peru (8. November 1945), Polen (28. Februar 1928), Portugal (27. März 1929), Schweden (8. September 1926), Schweiz (1. Februar 1929), Spanien (22. Februar 1929)⁵⁾, Südafrikanische Union (30. März 1926), Tschechoslowakei (8. Februar 1927), Ungarn (19. April 1928), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (20. November 1944), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (6. Oktober 1926).

12. Übereinkommen (Nr. 21) über die Vereinfachung der Aufsicht über die Auswanderer an Bord von Schiffen (angenommen von der

8. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1926; in Kraft getreten am 29. Dezember 1927; Wirksamkeit für Österreich seit 29. Dezember 1927):

Albanien (17. März 1932), Argentinien (14. März 1950), Australien (18. April 1931), Belgien (15. Februar 1928), Birma (14. Jänner 1928)³⁾, Bulgarien (29. November 1929), Finnland (5. April 1929), Frankreich (13. Jänner 1932)⁴⁾, Indien (14. Jänner 1928), Irland (5. Juli 1930), Japan (8. Oktober 1928)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Luxemburg (16. April 1928), Mexiko (9. März 1938), Neuseeland (29. März 1938), Niederlande (13. September 1927), Nicaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (29. Dezember 1927), Pakistan (14. Jänner 1938)⁶⁾, Schweden (15. Oktober 1929)⁴⁾, Tschechoslowakei (25. Mai 1928), Ungarn (3. Februar 1931), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (20. November 1944), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (16. September 1927)⁴⁾.

13. Übereinkommen (Nr. 24), BGBl. Nr. 102/1929, über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Handel und Gewerbe und der Hausgehilfen (angenommen von der 10. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1927; in Kraft getreten am 15. Juli 1928; Wirksamkeit für Österreich seit 19. Mai 1929):

Bulgarien (1. November 1930), Chile (8. Oktober 1931), Deutsches Reich (23. Jänner 1928)⁵⁾, Frankreich (17. Mai 1948), Jugoslawien (30. September 1929)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Lettland (29. November 1929)⁵⁾, Litauen (19. Juni 1931)⁵⁾, Luxemburg (16. April 1928), Nicaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (18. Februar 1929), Peru (8. November 1945), Polen (29. September 1948), Rumänien (28. Juni 1929)⁵⁾, Spanien (29. September 1932)⁵⁾, Tschechoslowakei (17. Jänner 1929), Ungarn (19. April 1928), Uruguay (6. Juni 1933), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (20. Februar 1931).

14. Übereinkommen (Nr. 25), BGBl. Nr. 102/1929, über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft (angenommen von der 10. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1927; in Kraft getreten am 15. Juli 1928; Wirksamkeit für Österreich seit 19. Mai 1929):

Bulgarien (1. November 1930), Chile (8. Oktober 1931), Deutsches Reich (23. Jänner 1928)⁵⁾, Kolumbien (20. Juni 1933), Luxemburg (16. April 1928), Nicaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (18. Februar 1929), Polen (29. September 1948), Spanien (29. September 1932)⁵⁾, Tschechoslowakei (17. Jänner 1929), Uruguay (6. Juni 1933), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (20. Februar 1931).

15. Übereinkommen (Nr. 27), BGBl. Nr. 380/1935, über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken (ange-

nommen von der 12. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1929; in Kraft getreten am 9. März 1932; Wirksamkeit für Österreich seit 16. August 1936):

Argentinien (14. März 1950), Australien (9. März 1931), Belgien (6. Juni 1934), Birma (7. September 1931)³⁾, Bulgarien (4. Juni 1935), Chile (31. Mai 1933), China (24. Juni 1931), Dänemark (18. Jänner 1933)⁴⁾, Deutsches Reich (5. Juli 1933)⁵⁾, Estland (18. Jänner 1932)⁵⁾, Finnland (8. August 1932), Frankreich (29. Juli 1935), Griechenland (30. Mai 1936), Indien (7. September 1931), Irland (5. Juli 1930), Italien (18. Juli 1933), Japan (16. März 1931)⁵⁾, Jugoslawien (22. April 1933)⁵⁾, Kanada (30. Juni 1938), Litauen (28. September 1934)⁵⁾, Luxemburg (1. April 1931), Mexiko (12. Mai 1934), Niederlande (4. Jänner 1933), Nicaragua (12. April 1934)⁵⁾, Norwegen (1. Juli 1932), Österreich (16. August 1935), Pakistan (7. September 1931)⁶⁾, Polen (18. Juni 1932), Portugal (1. März 1932), Rumänien (7. Dezember 1932)⁵⁾, Schweden (11. April 1932), Schweiz (8. November 1934), Spanien (29. August 1932)⁵⁾, Südafrikanische Union (21. Februar 1933)⁴⁾, Tschechoslowakei (26. März 1934), Ungarn (6. Dezember 1937), Uruguay (6. Juni 1933), Venezuela (17. Dezember 1932).

16. Übereinkommen (Nr. 30) über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in Büros (angenommen von der 14. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1930; in Kraft getreten am 29. August 1933; von Österreich bedingt ratifiziert)¹²⁾:

Argentinien (14. März 1950), Bulgarien (22. Juni 1932), Chile (18. Oktober 1935), Finnland (13. Jänner 1936), Kuba (24. Februar 1936), Mexiko (12. Mai 1934), Neuseeland (29. März 1938), Nicaragua (12. April 1934)⁵⁾, Österreich (16. Februar 1933)¹²⁾, Spanien (29. August 1932)⁵⁾, Uruguay (6. Juni 1933).

17. Übereinkommen (Nr. 33), BGBl. Nr. 280/1936, über das Alter für die Zulassung von Kindern zu nichtgewerblichen Arbeiten (angenommen von der 16. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1932; in Kraft getreten am 6. Juni 1935; Wirksamkeit für Österreich seit 26. Februar 1937):

Argentinien (14. März 1950), Belgien (6. Juni 1934), Frankreich (29. April 1939), Kuba (24. Februar 1936), Niederlande (12. Juli 1935), Österreich (26. Februar 1936), Spanien (22. Juni 1934)⁵⁾, Uruguay (6. Juni 1933).

18. Übereinkommen (Nr. 42), BGBl. Nr. 278/1936, über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (abgeänderter Wortlaut vom Jahre 1934) (angenommen von der 18. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1934; in Kraft getreten am 17. Juni 1936; Wirksamkeit für Österreich seit 26. Februar 1937):

Argentinien (14. März 1950), Belgien (3. August 1949), Brasilien (8. Juni 1936), Bulgarien (29. Dezember 1949), Dänemark (22. Juni 1939), Finnland (20. Jänner 1950), Frankreich (17. Mai 1948), Irak (25. Juli 1941), Irland (15. März 1937), Japan (6. Juni 1936)⁵⁾, Kuba (22. Juni 1936), Mexiko (20. Mai 1937), Neuseeland (29. März 1938), Niederlande (1. September 1939), Norwegen (21. Mai 1935), Österreich (26. Februar 1936), Polen (29. September 1948), Schweden (24. Februar 1937), Tschechoslowakei (1. Juli 1949), Türkei (8. Juli 1946), Ungarn (17. Juni 1935), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (29. April 1936).

19. Übereinkommen (Nr. 45), BGBl. Nr. 324/1937, über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagarbeiten in Bergwerken jeder Art (angenommen von der 19. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1935; in Kraft getreten am 30. Mai 1937; Wirksamkeit für Österreich seit 3. Juli 1938):

Ägypten (11. Juli 1947), Afghanistan (14. Mai 1937), Argentinien (14. März 1950), Belgien (4. August 1937), Brasilien (22. September 1938), Bulgarien (29. Dezember 1949), Chile (16. März 1946), China (2. Dezember 1936), Estland (4. Juni 1937)⁵⁾, Finnland (3. März 1938), Frankreich (25. Jänner 1938), Griechenland (30. Mai 1936), Indien (25. März 1938), Irland (20. August 1936), Kuba (14. April 1936), Mexiko (21. Februar 1938), Neuseeland (29. März 1938), Niederlande (20. Februar 1937), Österreich (3. Juli 1935), Pakistan (25. März 1938)⁶⁾, Peru (8. November 1945), Portugal (18. Oktober 1937), Schweden (11. Juli 1936), Schweiz (23. Mai 1940), Südafrikanische Union (25. Juni 1936), Tschechoslowakei (12. Juni 1950), Türkei (21. April 1938), Ungarn (19. Dezember 1938), Venezuela (20. November 1944), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (18. Juli 1936).

20. Übereinkommen (Nr. 80), BGBl. Nr. 224/1949, über die teilweise Abänderung der von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation auf ihren ersten achtundzwanzig Tagungen angenommenen Übereinkommen zur Sicherstellung der künftigen Durchführung gewisser Kanzleiaufgaben, die in diesen Übereinkommen dem Generalsekretär des Völkerbundes übertragen waren, und zur Aufnahme bestimmter zusätzlicher Abänderungen, die sich durch die Auflösung des Völkerbundes und die Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation als notwendig erwiesen haben (angenommen von der 29. Internationalen Arbeitskonferenz in Montreal, 1946; in Kraft getreten am 28. Juli 1947; Wirksamkeit für Österreich seit 31. März 1949):

Ägypten (7. Juni 1949), Äthiopien (23. Juli 1947), Argentinien (14. März 1950), Australien (25. Jänner 1949), Belgien (3. August 1949), Brasilien (13. April 1948), Chile (3. November

1949), China, Dänemark (Annahme: 28. Juni 1947, Ratifikation: 30. Juni 1949), Dominikanische Republik (29. August 1947), Finnland (28. Juni 1947), Frankreich (20. Jänner 1948), Guatemala (1. Oktober 1947), Indien (17. November 1947), Irak (9. September 1947), Irland (14. Juni 1947), Italien (11. Dezember 1947), Kanada (31. Juli 1947), Kolumbien (10. Juni 1947), Luxemburg (29. Oktober 1948), Mexiko (20. April 1948), Neuseeland (8. Juli 1947), Niederlande (15. Jänner 1948), Norwegen (5. Jänner 1949), Österreich (31. März 1949), Pakistan (25. März 1948), Polen (11. Dezember 1947), Schweden (29. Mai 1947), Schweiz (22. April 1947), Siam (Thailand) (5. Dezember 1947), Südafrikanische Union (19. Juni 1947), Tschechoslowakei (12. Juni 1950), Türkei (13. Juli 1949), Venezuela (13. September 1948), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (28. Mai 1947), Vereinigte Staaten von Amerika (24. Juni 1948).

21. Übereinkommen (Nr. 81), BGBl. Nr. 225/1949, über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel (angenommen von der 30. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1947; in Kraft getreten am 7. April 1950; Wirksamkeit für Österreich seit 30. April 1950):

Bulgarien (29. Dezember 1949), Indien (7. April 1949), Finnland (20. Jänner 1950), Norwegen (5. Jänner 1949), Österreich (30. April 1949), Schweden (25. November 1949), Schweiz (13. Juli 1949), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (28. Juni 1949).

Figl

Anmerkungen.

¹⁾ Das Übereinkommen wurde von Österreich mit dem Vorbehalt ratifiziert, daß es für Österreich erst wirksam werden soll, wenn es von den europäischen Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, denen die größte industrielle Bedeutung zukommt, und von sämtlichen mit Österreich im Wirtschaftsverkehr stehenden Nachbarstaaten ratifiziert sein wird. Diese Bedingung ist bisher nicht erfüllt worden, so daß das Übereinkommen für Österreich noch nicht wirksam geworden ist.

²⁾ Die in den Klammern hinter den Staatennamen stehenden Zahlen bedeuten jeweils das Datum der Eintragung der Ratifikation beim Internationalen Arbeitsamt.

³⁾ Auf Grund der Gesetzgebung vom Jahre 1935 (Government of India Act) hat Birma seit 1. April 1937 aufgehört, einen Teil Indiens zu bilden. Es ist vereinbart worden, daß Birma für die von Indien bis 31. März 1937 ratifizierten 14 Übereinkommen gebunden bleibt. Das angeführte Datum ist das, zu welchem die Ratifikation Indiens eingetragen wurde.

⁴⁾ Bedingte Ratifikation.

⁵⁾ Gegenwärtig nicht mehr Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation.

⁶⁾ Pakistan, das seit 15. August 1947 aufgehört hat, einen Teil Indiens zu bilden und das am 31. Oktober 1947 Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation geworden ist, hat das Inter-

nationale Arbeitsamt mit einem Schreiben vom 26. Jänner 1948 in Kenntnis gesetzt, daß es sich verpflichten würde, die von der indischen Regierung ratifizierten Übereinkommen weiter gelten zu lassen. Das angeführte Datum ist das, zu welchem die Ratifikation Indiens eingetragen wurde.

⁷⁾ Ratifikation gekündigt am 16. April 1938.

⁸⁾ Hat das Übereinkommen Nr. 41 ratifiziert und das vorliegende Übereinkommen gekündigt.

⁹⁾ Hat das Übereinkommen Nr. 41 ratifiziert, aber das vorliegende Übereinkommen nicht gekündigt.

¹⁰⁾ Gekündigt am 4. Oktober 1947, daher mit 4. Oktober 1948 außer Kraft getreten.

¹¹⁾ Vgl. Übereinkommen Nr. 42.

¹²⁾ Das Übereinkommen wurde unter dem Vorbehalt ratifiziert, daß es für Österreich erst wirksam werden soll, wenn es von Deutschland ratifiziert ist.

220.

Übereinkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der italienischen Regierung über den Vermögens-transfer der Südtiroler Rückoptanten.

Die österreichische Bundesregierung und die italienische Regierung haben, um den Transfer der Vermögenswerte von Personen, welche die italienische Staatsbürgerschaft auf Grund des Gesetzdekretes Nr. 23 vom 2. Februar 1948 wiedererworben haben, von Österreich nach Italien zu ermöglichen, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die nach Österreich ausgewanderten Südtiroler Optanten, welche die italienische Staatsbürgerschaft auf Grund des Gesetzdekretes Nr. 23 vom 2. Februar 1948 endgültig wiedererhalten und ihren ständigen Wohnsitz nach Italien zurückverlegt haben oder zurückverlegen werden, haben im Sinne der nachstehenden Artikel Anspruch auf den Transfer ihres Vermögens von Österreich nach Italien.

Artikel 2

Für den Transfer kommen folgende Vermögenswerte der Rückoptanten in Betracht:

- a) Bargeld und Bankguthaben in Österreich;
- b) im Rahmen der jeweils bestehenden österreichischen Devisenvorschriften erzielte Erlöse aus dem Verkauf von Wertpapieren, Immobilien, Geschäftsanteilen, Warenvorräten und sonstigen Vermögenswerten.

Die Feststellung der erwähnten Vermögenswerte wird auf Grund der Vermögenslage des Rückoptanten am Tage der Paraphierung des vorliegenden Übereinkommens erfolgen; außerdem wird der normale Vermögenszuwachs vom Tage der Feststellung bis zu jenem des Transfers berücksichtigt werden.

Artikel 3

Um die in Artikel 1 gebotene Möglichkeit in Anspruch nehmen zu können, haben Rück-

Accordo tra il Governo Italiano e il Governo Federale Austriaco circa i trasferimenti patrimoniali dei riopianti Alto-Atesini.

Il Governo Italiano e il Governo Federale Austriaco, allo scopo di permettere il trasferimento dall'Austria in Italia delle attività patrimoniali di pertinenza delle persone che abbiano riacquisitato la cittadinanza italiana in base al Decreto legislativo n. 23 del 2 febbraio 1948, hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

Gli optanti alto-atesini emigrati in Austria che riacquistano definitivamente la cittadinanza italiana in base al Decreto Legislativo n. 23 del 2 febbraio 1948 e che sono tornati a stabilire la loro residenza in Italia possono chiedere di trasferire il loro patrimonio dall'Austria in Italia ai sensi degli articoli che seguono.

Articolo 2

Ai fini del trasferimento sono presi in considerazione i seguenti valori patrimoniali dei riopianti:

- a) denaro liquido e depositi bancari in Austria;
- b) ricavi ottenuti, nel quadro delle disposizioni valutarie austriache esistenti, dalla vendita di titoli, immobili, partecipazioni aziendali, scorte di merci e altri valori patrimoniali.

L'accertamento di detti valori sarà effettuato in base alla situazione patrimoniale del riopiante al giorno della parafatura del presente accordo, e saranno altresì presi in considerazione i normali accrescimenti di patrimonio dalla data dell'accertamento a quella del trasferimento.

Articolo 3

Per avvalersi della facoltà concessa all'art. 1 i riopianti che hanno trasferito la loro residenza

optanten, die ihren Wohnsitz vor Paraphierung des vorliegenden Übereinkommens nach Italien verlegt haben, die entsprechenden Anträge bis zum 31. Dezember 1950 in zweifacher Ausfertigung bei der Banca d'Italia in Bozen oder in Trient einzureichen.

Rückoptanten, die ihren Wohnsitz erst nach Paraphierung des vorliegenden Übereinkommens nach Italien verlegen werden, haben hingegen ihre Transferanträge in zweifacher Ausfertigung bis zum 31. Dezember 1951 bei der Oesterreichischen Nationalbank in Wien einzureichen.

Die beiden Institute werden einander je ein Exemplar der erhaltenen Anträge übermitteln. Die Prüfung derselben wird der Oesterreichischen Nationalbank auf Grund der von ihr mit dem Ufficio Italiano dei Cambi zu vereinbarenden Bedingungen übertragen.

Personen, deren Staatsbürgerschaft am 30. September 1951 noch nicht geklärt ist, werden bis zum 31. Dezember 1951 bei der Oesterreichischen Nationalbank Anträge zur Er Streckung des Termins in zweifacher Ausfertigung einreichen können.

Artikel 4

In den Transferanträgen sind die in Artikel 2 genannten Vermögenswerte getrennt anzuführen. Die noch nicht realisierten Vermögenswerte sind mit dem Schätzwert einzusetzen.

Den Anträgen sind alle zum Nachweis des Vermögens am Stichtag erforderlichen Unterlagen beizuschließen.

Artikel 5

Nach der im vorhergehenden Artikel 3 vorgesehenen Prüfung wird die Oesterreichische Nationalbank dem Antragsteller die Transferbewilligung oder, falls wesentliche Vermögenswerte noch nicht realisiert sind, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Transfer erteilen. In letzterem Fall hat der Antragsteller seinen Antrag durch Einsetzung der erlösten Beträge zu ergänzen, worauf ihm die Transferbewilligung ausgefolgt werden wird. Diese kann sich auch auf einzelne Teile des ganzen zu transferierenden Vermögens beziehen und sie kann von dem Berechtigten auf einmal oder für mehrere aufeinanderfolgende Transfers ausgenützt werden.

Jedenfalls ist Voraussetzung für jeden Vermögenstransfer die tatsächliche Verlegung des Wohnsitzes nach Italien.

Artikel 6

Die zu transferierenden Beträge sind bei der Oesterreichischen Nationalbank in Wien direkt oder im Wege eines österreichischen Kreditinstitutes einzuzahlen.

in Italia prima della parafatura del presente accordo devono presentare le relative domande entro il 31 dicembre 1950, in duplice esemplare alla Banca d'Italia di Bolzano o di Trento.

I riptanti che trasferiranno la loro residenza in Italia dopo la parafatura del presente Accordo dovranno presentare invece le loro domande di trasferimento in duplice esemplare entro il 31 dicembre 1951 alla Banca Nazionale Austriaca in Vienna.

I due Istituti si trasmetteranno reciprocamente uno degli esemplari delle domande ricevute. L'esame delle stesse sarà devoluto alla Banca Nazionale Austriaca sulla base delle modalità che la stessa concorderà con l'Ufficio Italiano dei Cambi.

Le persone la cui cittadinanza non sarà chiarita alla data del 30 settembre 1951 possono presentare entro il 31 dicembre 1951 alla Banca Nazionale Austriaca domanda, in duplice copia, di proroga del termine.

Articolo 4

Nelle domande di trasferimento devono essere indicati i valori patrimoniali di cui all'art. 2 separatamente. I valori patrimoniali non ancora realizzati debbono essere indicati mediante valori di stima.

Alle domande devono essere acclusi tutti i documenti necessari alla dimostrazione del patrimonio alla data presa come base.

Articolo 5

Dopo l'esame di cui al precedente articolo 3, la Banca Nazionale Austriaca farà pervenire al richiedente l'autorizzazione al trasferimento o, nel caso che rilevanti valori patrimoniali non siano ancora realizzati, un nulla osta preventivo al trasferimento. In questo ultimo caso il richiedente dovrà completare la sua domanda mediante l'indicazione degli importi ricavati, dopo di che gli sarà rilasciata l'autorizzazione al trasferimento; questa può anche riguardare singole quote dell'intero patrimonio da trasferire e potrà essere utilizzata dall'interessato in una sola volta o per più trasferimenti successivi.

In ogni caso, presupposto di ogni trasferimento patrimoniale è l'effettivo trasferimento della residenza in Italia.

Articolo 6

Gli importi da trasferirsi sono versati alla Banca Nazionale Austriaca in Vienna direttamente o per il tramite di un istituto di Credito austriaco.

Die Oesterreichische Nationalbank wird für jede erhaltene Einzahlung dem Ufficio Italiano dei Cambi eine auf U.S.A.-Dollar lautende Einzahlungsbestätigung übermitteln, die als Zahlungsauftrag zu Lasten des im österreichisch-italienischen Zahlungsabkommen vom 22. April 1950 vorgesehenen Kontos B gilt.

Artikel 7

Die Oesterreichische Nationalbank und das Ufficio Italiano dei Cambi werden die erforderlichen Maßnahmen für die technische Durchführung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Zahlungen treffen.

Artikel 8

Die Oesterreichische Nationalbank wird Einzahlungen auf Grund des vorliegenden Übereinkommens bis zum 31. Dezember 1952 entgegennehmen.

Artikel 9

Das vorliegende Übereinkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft. Es ist in deutscher und italienischer Sprache abgefaßt, die beide in gleicher Weise authentisch sind.

Rom, am 4. Oktober 1950.

Für die
österreichische Bundesregierung

Dr. Schwarzenberg

Für die
italienische Regierung

Vittorio Zoppi

La Banca Nazionale Austriaca per ogni versamento ricevuto trasmetterà all'Ufficio Italiano dei Cambi l'avviso di incasso stilato in dollari U. S. A., valevole come ordine di pagamento a carico del conto B previsto dall'Accordo di pagamento italo-austriaco del 22 aprile 1950.

Articolo 7

La Banca Nazionale Austriaca e l'Ufficio Italiano dei Cambi prenderanno le misure necessarie per l'esecuzione tecnica dei pagamenti previsti in questo Accordo.

Articolo 8

La Banca Nazionale Austriaca accetterà versamenti in base al presente Accordo fino al 31 dicembre 1952.

Articolo 9

Il presente Accordo entra in vigore il giorno della sua firma. Esso è redatto in lingua italiana e in lingua tedesca ed entrambi i testi fanno ugualmente fede.

Roma, 4 ottobre 1950.

Per il
Governo Italiano

Vittorio Zoppi

Per il
Governo Federale Austriaco

Dr. Schwarzenberg

Vorstehendes Übereinkommen wurde am 4. Oktober 1950 in Rom unterzeichnet; es ist daher gemäß seinem Artikel 9 an diesem Tage in Kraft getreten.

Figl

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1950, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten S 54,- für inlands- und S 76,- für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Bezugsmeldungen werden von der Versandstelle der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, entgegengenommen. Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu. Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen über Verlangen zugesendet. Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden. Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 10 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens 50 g für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telefon U 26 069, sowie beim Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei Wien I, Wollzeile 27 a, Telefon R 27 2 31.